



Info-Dienst

Herausgeber: Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V.
Verantwortlich: Gaby Hagmans, Bundesgeschäftsführerin
Redaktion: Claudia Steinborn, Britta Plonka
Agnes-Neuhaus-Straße 5, 44135 Dortmund
Telefon: +49 231 557026-0, Telefax: +49 231 557026-60
E-Mail: plonka@skf-zentrale.de, Internet: www.skf-zentrale.de

August 2010

Auf einen Blick

Allgemeines

[BAGFW-Stellungnahme und Kritik der Verbände während der Anhörung zur geplanten Kürzung beim Elterngeld](#)

[Broschüre „Familie - gewusst wie“](#)

[Zunahme von psychischen Erkrankungen](#)

[Einladung - Bundesweite Netzwerkkonferenzen der Lokalen Bündnisse für Familie](#)

[Dokumentation des Workshops des DCV „Ganz easy von der Projektidee zur Antragstellung“](#)

[EU Projekt zu neuen Verfahren zur Brustkrebsdiagnose](#)

Allgemeine Soziale Beratung/Familienbezogene Armutsprävention

[DBSH warnt vor einer Fortsetzung der Spaltung der Gesellschaft](#)

[Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld \(Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung - Alg II-V\)](#)

[DCV zu Kinderregelsätzen](#)

[ASB-Stichtagserhebung am 23. September 2010](#)

[Werbung für die ASB Onlineberatung](#)

[Informationen aus dem Arbeitsfeld Sozialberatung für Schuldner](#)

[www.sozin.de - Neues Webportal gegen Armut](#)

[Möglichkeiten und Grenzen der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Online-/Internetgestützten Beratung am 10. November 2010 in Frankfurt](#)

Arbeit mit allein Erziehenden

[Gemeinsames Sorgerecht für unverheiratete Väter](#)

[DJI-Broschüre für die Arbeit mit hochkonflikthaften Trennungs- und Scheidungsfamilien](#)

Ehrenamt

[Wettbewerb "Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010" – Einsendeschluss: 20. September 2010](#)

[Kostenloser Newsletter zu aktuellen Forschungsergebnissen zum Zivilengagement](#)

Frühe Hilfen

[Nationales Zentrum Frühe Hilfen \(NZFH\): Daten und Fakten zum Thema Kindesvernachlässigung und -misshandlung](#)

[Nationales Zentrum Frühe Hilfen \(NZFH\): Publikation „Datenschutz bei Frühen Hilfen“](#)

Integration durch Arbeit

[Position der Verbände zum sozialen Arbeitsmarkt](#)

[Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit](#)

[Dokumentation des Workshop ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt](#)

[Aktuelles aus dem Arbeitsmarktpolitischen Informationssystem](#)

Kinder- und Jugendhilfe

[Entscheidung BVerwG: Heranziehung zu Kostenbeiträgen in der Jugendhilfe](#)

[Handlungsbedarf nach Rücknahme des Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention](#)

[ESF- Modellprogramm „Mehr Männer in Kitas“ \(2011 - 2013\)](#)

[Fachtagung „Kindertagespflege bei Caritas und Diakonie - quo vadis?“ am 6. Oktober 2010 in Kassel](#)

[Fachtagung „Inklusion jetzt - oder doch erst später?“ am 19./20. Oktober 2010 in Freiburg](#)

[Nationaler Kinderrechtskongress der Caritas am 11. und 12. November 2010 in Berlin](#)

[Sucht und Abhängigkeit - Herausforderung für die Beratungsarbeit in der Jugend- und Familienhilfe](#)

Öffentlichkeitsarbeit

[Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle des SkF](#)

Rechtliche Betreuung

[12. VGT 2010 vom 4. bis 6. November 2010 in der Fachhochschule des Bundes in Brühl bei Köln](#)

[Große Anfrage der Grünen zu einer Reform des Betreuungsrechts](#)

[Abschlussbericht des Projektes BEOPS - Betreuungsoptimierung durch soziale Leistungen](#)

Schwangerschafts- und Familienberatung

[Handlungsempfehlung zur Kooperation katholischer Krankenhäuser und Schwangerschaftsberatungsstellen](#)

[Schwangerschaftsberatung und Frühe Hilfen](#)

[Netzwerk Junge Familie](#)

SkF-Stiftung Agnes Neuhaus

[Bewerbungen für den SkF-Stiftungspreis 2011 - Einsendeschluss: 31. Oktober 2010](#)

Sozialmarketing

[Ausschreibung zum Transparenzpreis 2010 - Einsendeschluss: 15. September 2010](#)

[Bundesverband deutscher Stiftungen unterstützt Transparenz-Mindeststandards im Dritten Sektor](#)

[Neue Ratgeber-Broschüren für Stiftungen](#)

[Kostenloses Stiftungsportal für alle Stiftungen in Deutschland](#)

Straffälligenhilfe

[Gemeinsame Fachtagung des SkF und DCV vom 28. bis 29. September 2010 in Berlin](#)

Wohnungslosenhilfe

[„Die lassen sich ja nicht helfen!“ Überlebenshilfen für wohnungslose Männer und Frauen vom 30. September bis 1. Oktober 2010 in Eisenach - Anmeldeschluss: 17. September 2010](#)

[...alkoholisiert nimmt keiner teil!? Sucht und andere Herausforderungen vom 24. bis 26. November 2010 in Bergisch Gladbach - Anmeldeschluss: 14. Oktober 2010](#)

Allgemeines

BAGFW-Stellungnahme und Kritik der Verbände während der Anhörung zur geplanten Kürzung beim Elterngeld

Die [Stellungnahme der BAGFW](#) zum Referentenentwurf für einen Beitrag zum Haushaltsbegleitgesetz der das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) betrifft sowie die [Kritik am Referentenentwurf](#) im Rahmen der Anhörung der Verbände am 28. Juli 2010. / [zurück](#)

* * *

Broschüre „Familie - gewusst wie“

Die [Broschüre](#) wird von der AKF - Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung e.V. bis zu einer Stückzahl von 250 Exemplaren kostenlos (gegen Erstattung der Versandkosten) zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus zu folgenden Konditionen:

- 500 Exemplare - 40 Euro
- 1.000 Exemplare - 60 Euro
- 3.000 Exemplare - 140 Euro
- je weitere 1.000 Exemplare - 30 Euro

jeweils inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten. Ab einer Abnahme von 1.000 Exemplaren ist zudem der Aufdruck einer individuellen Adresse auf der Rückseite möglich. Rückmeldungen bitte an Hubert Heeg, AKF - Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung e. V., Elternbriefe du + wir e. V., Mainzer Str. 47, 53179 Bonn, Tel. 0228 371877, Fax 0228 8578147, E-Mail heeg@akf-bonn.de / [zurück](#)

* * *

Zunahme von psychischen Erkrankungen

In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bedeutungszunahme von psychischen Erkrankungen zum Thema gemacht. [Deutscher Bundestag Drucksache 17/2663](#) / [zurück](#)

* * *

Einladung - Bundesweite Netzwerkkonferenzen der Lokalen Bündnisse für Familie

„Schulzeit, Freizeit, Arbeitszeit - alles unter einem Hut“ am [5. Oktober 2010 in Hamburg](#) (Anmeldeschluss: 24. September 2010) und „Starke Familien - starke Standorte“ am [25. Oktober 2010 in München](#) (Anmeldeschluss: 15. Oktober 2010) / [zurück](#)

* * *

Dokumentation des Workshops des DCV „Ganz easy von der Projektidee zur Antragstellung“

Dokumentation zum oben genannten Workshop in Ludwigshafen im Juni 2010 mit dem Titel „[Ganz easy von der Projektidee zur Antragstellung](#)“. Neue gemeinwesenorientierte Projekte aus der Förderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für das Haushaltsjahr 2011 beantragen“. / [zurück](#)

* * *

EU Projekt zu neuen Verfahren zur Brustkrebsdiagnose

Weitere Informationen siehe unter http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9361_de.htm / [zurück](#)

Allgemeine Soziale Beratung/Familienbezogene Armutsprävention

DBSH warnt vor einer Fortsetzung der Spaltung der Gesellschaft

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) warnt in seiner „Saarbrücker Erklärung“ angesichts der fortgesetzten Kürzungen bei sozialen Leistungen und Diensten vor einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft. Stattdessen fordert der Verband von der Politik ein wirkliches „Armutsbekämpfungskonzept“ und eine solidarische Beteiligung der Bezieher von höheren Einkommen und von Unternehmen an den Sozialkosten. Um dies durchzusetzen, müsse die Soziale Arbeit politischer werden, fordert der 1. Vorsitzende des DBSH, Michael Leinenbach. Der Berufsverband bestärkt in seiner „Saarbrücker Erklärung“ die besondere Verpflichtung der Profession zur Parteinahme für Arme. Der DBSH fordert eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung und Hilfe für Menschen mit Unterstützungsbedarf, sowie Verbesserungen in den Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege und Gesundheit. Für soziale Dienstleistungen muss es darüber hinaus festgesetzte Standards geben, um Quantität und Qualität zu sichern. Weitere Informationen unter www.dbsch.de www.dbsch.de/Saarbruecker-Erklaerung.pdf
Quelle: Jugendsozialarbeit News vom 12. Juli 2010. / [zurück](#)

* * *

Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung - Alg II-V)

Unter nachfolgendem Link finden Sie die neue ALG II-Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen. http://www.skf-zentrale.de/Verordnung_Einkommen.pdf
/ [zurück](#)

* * *

DCV zu Kinderregelsätzen

Die Regelsätze für Kinder müssen angehoben werden, so der Deutsche Caritasverband. Dies sei logische Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung. Der Deutsche Caritasverband hat die Kinderregelsätze entsprechend den vom Gericht aufgestellten Grundsätzen berechnet. Danach müssen die Kinderregelsätze gegenüber heute je nach Altersgruppe um 21 bis 42 Euro pro Monat erhöht werden. „Arme Familien brauchen eine bedarfsgerecht ermittelte Geldleistung, über die sie selbstbestimmt verfügen können“, so Caritas-Generalsekretär Georg Cremer. [Caritas-Pressemitteilung vom 03.08.2010](#) / [zurück](#)

* * *

ASB-Stichtagserhebung am 23. September 2010

Der Deutsche Caritasverband führt auch in diesem Jahr wieder eine ASB-Stichtagserhebung durch. Die Erhebung wird mit unverändertem Fragebogen am 23. September 2010 durchgeführt. Die Auswertung wird in der „neuen caritas“ veröffentlicht. Ansprechpartner: Stefan Kunz, stefan.kunz@caritas.de. / [zurück](#)

* * *

Werbung für die ASB Onlineberatung

Der Deutsche Caritasverband hat das Portal zur ASB Onlineberatung weiterentwickelt. Bundesweit sollen sich möglichst viele Beratungsstellen der Allgemeinen Sozialberatung an der Onlineberatung beteiligen. Der SKF unterstützt diesen Aufruf. Weitere Informationen unter http://www.skf-zentrale.de/ASB_0810.pdf und http://www.skf-zentrale.de/Online-Beratung_ASB_Neuerungen.pdf / [zurück](#)

* * *

Informationen aus dem Arbeitsfeld Sozialberatung für Schuldner

Unter nachfolgendem Link [Juli 2010 Schuldner](#) finden Sie aktuelle Informationen aus dem Arbeitsfeld „Sozialberatung für Schuldner“ verschiedene [Fortbildungsangebote](#) sowie die Ausschreibung der Fachtagung des Deutschen Vereins in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) zum Thema [„Fachliche und sozialpolitische Entwicklungen in der Schuldnerberatung - Forum 2010“](#), 21. bis 22. Oktober 2010 in Bad Honnef. / [zurück](#)

* * *

www.sozin.de - Neues Webportal gegen Armut

Beim 5. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung, dass die Nationale Armutskonferenz am 21./22. Juni 2010 in Berlin veranstaltet hatte, entstand die Idee eines neuen Webportals gegen Armut, Ausgrenzung und soziale Ungerechtigkeit: [www.sozin.de.](#) / [zurück](#)

* * *

Möglichkeiten und Grenzen der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Online-/Internetgestützten Beratung am 10. November 2010 in Frankfurt

Anmeldeschluss: 10. September 2010

Dieses Thema wird in der Online-Beratung stark diskutiert, da sich in einigen Arbeitsbereichen eine verstärkte Nachfrage zur Mitarbeit einstellt. [Programm](#) / [zurück](#)

Arbeit mit allein Erziehenden

Gemeinsames Sorgerecht für unverheiratete Väter

Das Bundesverfassungsgericht hat die Regelung des elterlichen Sorgerechts für unverheiratete Väter am 21. Juli 2010 für verfassungswidrig erklärt. Derzeit können betroffene Väter nur mit Zustimmung der Mutter ein gemeinsames Sorgerecht erhalten, was nach Auffassung der Bundesrichter - wie vorher bereits auch des europäischen Gerichtshofs - gegen das grundgesetzlich geschützte Elternrecht verstoße. Ab sofort müssen Familiengerichte bis zu einer gesetzlichen Neuregelung auf Antrag des Vaters das gemeinsame Sorgerecht von Mutter und Vater anordnen, wenn dies dem Kindeswohl entspricht. Es ist zu erwarten, dass es in Kürze zu einem Referentenentwurf seitens des Justizministeriums kommt. Der SkF sieht durch Sorgerechtsstreitigkeiten neue Belastungen auf Alleinerziehende und ihre Kinder zukommen. Er fordert, dass sich zukünftig Entscheidungen der Familiengerichte ausschließlich am Kindeswohl und an der bisherigen Übernahme der Elternpflichten orientieren sowie das außergerichtliche Einigungsversuche sind. / [zurück](#)

* * *

DJI-Broschüre für die Arbeit mit hochkonflikthaften Trennungs- und Scheidungsfamilien

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat im Juni 2010 eine Handreichung für die Praxis der „Arbeit mit hochkonflikthaften Trennungs- und Scheidungsfamilien“ veröffentlicht. Vorgestellt werden die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Kinderschutz bei hochstrittiger Elternschaft“, die Orientierungshilfen zu vier Themenbereichen bieten:

- Erkennen hochkonflikthafter Familien
- Hilfen für die Kinder
- Aufbau der Beratung sowie
- Entwicklung interdisziplinärer Kooperationen.

Die Broschüre kann unter publikationen@bundesregierung.de kostenlos bestellt werden. / [zurück](#)

Ehrenamt

Wettbewerb "Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010" – Einsendeschluss: 20. September 2010

Seit zehn Jahren unterstützt das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die sich im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung engagieren. Mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ werden vorbildliche und nachahmbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten aus dem gesamten Bundesgebiet gesucht, die sich aktiv für ein gleichberechtigtes Miteinander und gegen Extremismus, Antisemitismus und Gewalt einsetzen. Zum Beispiel Projekte zur Förderung von Integration, insbesondere unter aktiver Beteiligung von Migrant/innen oder Projekte zur Gewaltprävention und Stärkung von Zivilcourage. Die Aktivitäten sollen hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden und sich in der Praxis bewährt haben. Die besten Projekte wer-

den mit Geldpreisen zwischen 1.000 Euro und 5.000 Euro ausgezeichnet. Die Registrierung zur Teilnahme und den Vordruck für Ihren Wettbewerbsbeitrag finden Sie online unter www.buendnis-toleranz.de/aktiv-2010 / [zurück](#)

* * *

Kostenloser Newsletter zu aktuellen Forschungsergebnissen zum Zivilengagement

Der neue WZBrief Zivilengagement des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) wird ab sofort mehrmals jährlich über aktuelle Forschungsergebnisse zum Zivilengagement informieren. Er richtet sich an Experten und interessierte Praktiker in Politik, Verbänden, Kirchen, sozialen Initiativen und Medien und kann per E-Mail kostenfrei abonniert werden. Hier können Sie die aktuelle Ausgabe des WZBrief Zivilengagement mit dem Titel „Mitgliedschaften und Engagement in Deutschland“ herunterladen: www.wzb.eu/publikation/wzbriefzivilengagement.de.htm / [zurück](#)

Frühe Hilfen

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH): Daten und Fakten zum Thema Kindesvernachlässigung und -misshandlung

Das NZFH hat zu diesem Thema auf seiner Homepage die folgenden Informationen eingestellt:

- Definition „Kindesvernachlässigung“, „Kindesmisshandlung“
- Formen von Vernachlässigung
- Daten und Fakten
- Literatur

Zu jedem Thema gibt es Links, für eine vertiefte Befassung. <http://www.fruehehilfen.de/wissen/daten-und-fakten-kindesvernachlaessigung-und-misshandlung/> / [zurück](#)

* * *

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH): Publikation „Datenschutz bei Frühen Hilfen“

Gemeinsam mit dem Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung hat das NZFH eine Broschüre zum Thema Datenschutz für Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Bereichen der Frühen Hilfen herausgegeben. Hier werden die spezifischen Rechtsgrundlagen des Datenschutzes im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe beschrieben, des Weiteren die Regelungen im Bereich der Gesundheitshilfe für die Träger der freien Jugendhilfe und die Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen sowie für die Gesundheitsämter. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden: <http://www.fruehehilfen.de/wissen/materialien/publikationen/> / [zurück](#)

Integration durch Arbeit

Position der Verbände zum sozialen Arbeitsmarkt

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit (IDA) im Deutschen Caritasverband, der Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. (EFAS) im Diakonischen Werk der EKD sowie die BAG Arbeit haben unter dem Titel [„Mehr Teilhabe durch Arbeit. Mit klaren Rahmenbedingungen einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen“](#) ein Positionspapier herausgegeben. In ihrem gemeinsamen Positionspapier fordern die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege eine politische Initiative zur öffentlich geförderten Beschäftigung; Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen sollen entsprechend ihrer Bedeutung für das deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem rechtlich und finanziell abgesichert werden. / [zurück](#)

* * *

Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit

Unter dem Titel [„Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit - Wissensstand, Praxis und Anforderungen an eine arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung“](#) hat der DGB seinen aktuellen Newsletter herausgegeben. / [zurück](#)

* * *

Dokumentation des Workshop ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt

Unter dem Link http://www.skf-zentrale.de/Dokumentation_Soziale_Stadt.pdf finden Sie die Zusammenstellung der Präsentationen des Workshops zum Antragsverfahren der 2. Förderrunde für das ESF-Bundesprogramm

„Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“, den der DCV am 15. Juni 2010 in Köln durchgeführt hat. / [zurück](#)

* * *

Aktuelles aus dem Arbeitsmarktpolitischen Informationssystem

- [Bundesprogramm Buergerarbeit](#) - Modell zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt startete am 15. Juli 2010. Mit 197 Jobcentern aus allen 16 Bundesländern wird sich fast die Hälfte aller Grundsicherungsstellen bundesweit beteiligen.
- [Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes \(Art. 91e\) seit 27.07.10 in Kraft](#). Damit wird das Zusammenwirken der Agenturen für Arbeit und der Kommunalen Träger in gemeinsamen Einrichtungen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitssuchende verfassungsrechtlich legitimiert.
- [„Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“](#) - Laut Stellungnahme des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zum Haushalts-Eckpunktepapier der Bundesregierung stärken einige der von der Bundesregierung geplanten Einsparungen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes die „Grundpfeiler unserer Zukunft“ nicht, dies betrifft insbesondere den Wegfall der Zuschüsse zur Rentenversicherung, die Einsparungen bei Maßnahmen der Erwerbsintegration und die Streichung des Elterngeldes für SGB II-Leistungsempfänger/innen.
- [Einstiegsqualifizierung erfolgreich](#) - Der erste Zwischenbericht zur Weiterführung der Begleitforschung zur Einstiegsqualifizierung bestätigt, dass die Einstiegsqualifizierung (EQ) ein wirksames Instrument zur Integration von jungen Menschen in Berufsausbildung ist. / [zurück](#)

Kinder- und Jugendhilfe

Entscheidung BVerwG: Heranziehung zu Kostenbeiträgen in der Jugendhilfe

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 19. August 2010 entschieden, dass die Heranziehung eines Vaters zum Kostenbeitrag für seine beiden in Jugendhilfeeinrichtungen untergebrachten Kinder rechtswidrig ist, soweit ihm weniger von seinem Einkommen verbleibt, als er nach dem Unterhaltsrecht für sich behalten dürfte. [Pressemitteilung BVerwG Nr. 70/2010](#) / [zurück](#)

* * *

Handlungsbedarf nach Rücknahme des Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention

Das Bundeskabinett hat am 3. Mai 2010 die ausländerrechtliche Vorbehaltserklärung gegen die UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen. Diese Rücknahme schafft die Voraussetzung dafür, minderjährigen Ausländer/innen künftig den gleichen Schutz und die gleichen Rechte zukommen zu lassen wie deutschen Kindern. Aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes erfordert die konsequente Umsetzung der Kinderrechtskonvention jedoch Änderungen der Gesetzeslage (z. B. Regelungen der Einreise bzw. der Familienzusammenführung). Um den aus der Rücknahme des Vorbehalts abgeleiteten Handlungsbedarf aufzuzeigen, hat der [Deutsche Caritasverband ein Fachpapier](#) vorgelegt, in dem werden die in der UN-Kinderrechtskonvention zugesicherten Rechte ausländischer Kinder und Jugendlicher vor dem Hintergrund der Rücknahme des Vorbehalts reflektiert werden. / [zurück](#)

* * *

ESF- Modellprogramm „Mehr Männer in Kitas“ (2011 - 2013)

Mit diesem Programm will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Interesse von Jungen und Männern am Beruf des Erziehers wecken und Männer bei der Entscheidung für den Erzieherberuf unterstützen. Das Programm richtet sich an Träger oder Trägerverbände, die bereit sind, mit mindestens sieben Kindertageseinrichtungen innovative Konzepte zu erproben, um u. a. mehr männliche Erzieher zu gewinnen und eine geschlechtersensible Erziehung im Vorschulalter zu fördern. Eine Kofinanzierung ist nicht erforderlich. Das Antragsverfahren sieht in der ersten Stufe zunächst eine Interessensbekundung bis zum 27. September 2010 in elektronischer Form und in schriftlicher Form bis zum 30. September 2010 vor. [Förderleitfaden](#) / [Finanztechnischer Förderleitfaden](#) / [zurück](#)

* * *

Fachtagung „Kindertagespflege bei Caritas und Diakonie - quo vadis?“ am 6. Oktober 2010 in Kassel Anmeldeschluss: 16. September 2010

Ziel der Veranstaltung ist es, den Stand des Ausbaus der Kindertagespflege zu reflektieren und die Perspektiven zu analysieren. Dazu wird an den Stärken dieser familiennahen und flexiblen Betreuung angesetzt und darüber diskutiert, wie die Potenziale optimal genutzt werden können. Die Tagung ist eine gemeinsame Veranstaltung

des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche, des Deutschen Caritasverbandes, der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (BETA), des Verbandes Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder - Bundesverband (KTK) und des Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein. [Programm](#) und [Anmeldefax](#) / [zurück](#)

* * *

**Fachtagung „Inklusion jetzt - oder doch erst später?“ am 19./20. Oktober 2010 in Freiburg
Anmeldungen sind noch möglich!**

Am 26. März 2009 ist in der Bundesrepublik Deutschland das internationale Übereinkommen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen in Kraft getreten. Darin wird u. a. ein inklusives Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungssystem aller Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen gefordert. Auf die Gesellschaft, die Politik und alle weiteren Beteiligten kommt eine sozial- und bildungspolitische Reform von historischem Ausmaß zu. In der Veranstaltung wird die interdisziplinäre Diskussion innerhalb der Caritas zwischen den Feldern Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Familienhilfe, Jugendsozialarbeit, Migration und Integration gefördert und zusammengeführt. [Flyer](#) - Anmeldung online über www.caritas.de / [zurück](#)

* * *

**Nationaler Kinderrechtekongress der Caritas am 11. und 12. November 2010 in Berlin
Anmeldeschluss: 30. August 2010**

Zum Thema „Kinderrechte umGesetzt?!“ veranstaltet der Deutsche Caritasverband einen Kongress, der sich an Leitungs- und Fachkräfte aus allen Feldern der sozialen Arbeit richtet, die direkt oder indirekt mit Kindern und Jugendlichen befasst sind. [Einladung](#) / [Flyer](#) / [Anmeldeformular](#) / [Hinweise zur Übernachtung](#) / [zurück](#)

* * *

**Sucht und Abhängigkeit - Herausforderung für die Beratungsarbeit in der Jugend- und Familienhilfe
Anmeldeschluss: 17. September 2010**

Fortbildung vom 10. bis 12. November 2010 in Bensberg, [Programm und Anmeldung](#) / [zurück](#)

Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle des SkF

Nr. 9, 27.08.10: [SkF trauert um ehemalige Bundesvorsitzende](#) / [zurück](#)

Rechtliche Betreuung

12. VGT 2010 vom 4. bis 6. November 2010 in der Fachhochschule des Bundes in Brühl bei Köln

Die Betreuungsvereine der verbandlichen Caritas werden sich am 12. Vormundschaftsgerichtstag (VGT) zusammen mit der Bundeskonferenz der Betreuungsvereine mit einem Informationsstand im Foyer vorstellen. Weitere Informationen zum VGT unter <http://www.vgt-ev.de/bundes-vgt.html> / [zurück](#)

* * *

Große Anfrage der Grünen zu einer Reform des Betreuungsrechts

Die Grüne Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung vom 29. Juni 2010 eine Große Anfrage mit dem Titel „Personenzentrierte und ganzheitliche Reform des Betreuungsrechts“ beschlossen. Hierzu erklärt Markus Kurth, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion: „Ziel der Großen Anfrage ist die umfassende Skizzierung des Themenfeldes, mit dem sich die Bundesregierung nach unserer Ansicht bei einer Betreuungsrechtsreform auseinandersetzen muss. Hierzu gehören u. a. die Frage nach den Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das Betreuungsrecht, die Frage zur Betreuungsqualität, die konsequente Stärkung der sogenannten ‚vorgelagerten Systeme‘ zur Vermeidung beruflicher Betreuungen sowie die Frage nach der Zukunft des Betreuungswesens unter Berücksichtigung demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir erhoffen uns von der Bundesregierung, dass sie auf der Grundlage unserer Großen Anfrage nun in einen konstruktiven Dialog mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages eintritt.“ Sie finden die 50 Fragen rund um das Betreuungsrecht unter [Drucksache 17/2376](#) auf der Homepage des Deutschen Bundestages <http://www.bundestag.de> / [zurück](#)

* * *

Abschlussbericht des Projektes BEOPS - Betreuungsoptimierung durch soziale Leistungen

Das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern hat zusammen mit der Landeshauptstadt Schwerin und dem Amtsgericht Schwerin von 2008 bis 2009 das Projekt „Betreuungsoptimierung durch soziale Leistungen - BEOPS“ durchgeführt. Inzwischen liegt der Abschlussbericht vor. Die Projektidee ist in enger Anbindung an die Justizministerkonferenz entstanden, so dass davon auszugehen ist, dass die Ergebnisse auch in die Arbeit der jetzigen Bund-Länder-AG einfließen werden. [Der Bericht](#) beschäftigt sich z. B. mit der Einhaltung des Erforderlichkeitsgrundsatzes und ggf. betreuungsvermeidender Alternativen sowie dem Zusammenspiel an der Schnittstelle. [Pressemeldung des Justizministeriums / zurück](#)

Schwangerschafts- und Familienberatung

Handlungsempfehlung zur Kooperation katholischer Krankenhäuser und Schwangerschaftsberatungsstellen

Das in Zusammenarbeit von DCV, SkF und dem Kath. Krankenhausverband Deutschlands (KKVD) entwickelte Arbeitspapier [„Beratung und Begleitung von Frauen und Paaren im Kontext von PND. Handlungsempfehlung zur Kooperation von Katholischen Krankenhäusern und Katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen“](#) stellt die unterschiedlichen Systemlogiken im Bezug auf Beratung und Begleitung im Kontext von PND dar, geht auf Schnittstellen und Grenzen ein und beleuchtet das Thema Kooperation und Vernetzung. Ziel ist es, eine engere Verzahnung von ärztlicher und vertiefender psychosozialer Beratung zu bewirken um schwangeren Frauen während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes sowie auch nach Verlust des Kindes bzw. nach einem Schwangerschaftsabbruch umfassende Beratung und Begleitung anzubieten. Damit unterstützt das Papier auch die Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen zur Beratung bei vorgeburtlicher Diagnostik und pränatalem Befund (Schwangerschaftskonfliktgesetz und Gendiagnostikgesetz). Die Handlungsempfehlung soll zum Austausch zwischen Krankenhäusern und Schwangerschaftsberatungsstellen anregen und Kooperationsprozesse in Gang zu setzen. / [zurück](#)

* * *

Schwangerschaftsberatung und Frühe Hilfen

Zusammen mit den Trägern der Schwangerschaftsberatungsstellen in der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) die Standortbestimmung [„Die Bedeutung der Schwangerschaftsberatung im Kontext Früher Hilfen“](#) herausgegeben. Sie richtet sich an Träger von Schwangerschaftsberatungsstellen und an Beraterinnen und Berater vor Ort und stellt Möglichkeiten und Bedingungen für die Einbindung von Schwangerschaftsberatung in die Netzwerke Früher Hilfen dar. Alle Studien, die in den letzten drei Jahren vom NZFH durchgeführt wurden, unterstreichen die wichtige Rolle der Schwangerschaftsberatung für den Zugang belasteter Familien zu Angeboten Früher Hilfen. Schwangerschaftsberatungsstellen sind neben Einrichtungen der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens daher auch wichtige Partnerinnen in Netzwerken Früher Hilfen. Gerade die Vielfalt des Leistungsangebots der Schwangerschaftsberatung und die Niedrigschwelligkeit im Zugang ermöglichen eine individuelle und klientinnenzentrierte Unterstützung. Die Standortbestimmung führt in das Konzept der Frühen Hilfen ein und gibt klare Antworten auf Fragen, die in der Praxis immer wieder auftreten: Was ist der spezifische Auftrag in der Zusammenarbeit mit den anderen Netzwerkpartnern? Wie kann mit der Schweigepflicht und dem Vertrauensschutz von Klientinnen gegenüber dem Netzwerk umgegangen werden? Gibt es eine Verpflichtung im Netzwerk eine Vereinbarung mit dem Jugendamt abzuschließen und unter Umständen auch Fälle mitzuteilen? / [zurück](#)

* * *

Netzwerk Junge Familie

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz informiert auf der Internetseite www.gesundinsleben.de sehr konkret zu Stichworten wie z. B. Stillen, Babybrei, Allergien vorbeugen etc. Im Juni 2010 wurden vom Netzwerk Junge Familie „Handlungsempfehlungen für Säuglinge und stillende Mütter“ veröffentlicht, die auf der Internetseite als PDF zur Verfügung stehen. In dem Netzwerk sind u. a. die Berufsverbände der Frauenärzte, Hebammen und Kinderärzte eingebunden mit dem gemeinsamen Ziel, einheitliche Empfehlungen an junge Familien abzugeben. / [zurück](#)

SkF-Stiftung Agnes Neuhaus

Bewerbungen für den SkF-Stiftungspreis 2011 - Einsendeschluss: 31. Oktober 2010

Erstmals schreibt die SkF-Stiftung Agnes Neuhaus den SkF-Stiftungspreis aus. Sein Themenschwerpunkt: „Neue Wege zur Eigenaktivierung von Menschen in Armut - Förderung einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung“. Der SkF-Stiftungspreis fördert vorbildliche und zukunftsweisende Projekte des Sozialdienst katholischer

Frauen. Bewerben können sich alle SkF Orts- und Diözesanvereine, die Landesstelle Bayern sowie der SkF Gesamtverein. Der SkF-Stiftungspreis 2011 wird mitgetragen von der Unternehmensgruppe Tengelmann. Das Unternehmen unterstützt den SkF-Stiftungspreis mit 2.500 Euro. Weitere 2.500 Euro stellt die SkF-Stiftung Agnes Neuhaus. Der Preisträger erhält damit insgesamt 5.000 Euro. Weitere Informationen, die Teilnahmebedingungen und das Teilnahmeformular finden Sie unter <http://www.skf-stiftung.de/html/skf-stiftungspreis.html> / [zurück](#)

Sozialmarketing

Ausschreibung zum Transparenzpreis 2010 - Einsendeschluss: 15. September 2010

Ab sofort können sich Spenden sammelnde Organisationen aus Deutschland wieder um den Transparenzpreis von Pricewaterhouse Coopers bewerben. Der Preis ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert und zeichnet Organisationen aus, die ihre Spender in hervorragender Weise über die Verwendung ihrer Mittel sowie ihre Ziele und Planungen informieren. Die Ausschreibungskriterien finden Sie unter www.pwc.de/de/transparenzpreis / [zurück](#)

* * *

Bundesverband deutscher Stiftungen unterstützt Transparenz-Mindeststandards im Dritten Sektor

Einen einheitlichen Transparenz-Mindeststandard im Dritten Sektor zu etablieren, ist das Ziel der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Der Bundesverband gehört zum Trägerkreis dieser von Transparency International Deutschland ins Leben gerufenen Initiative. Wer mitmacht, erklärt sich per Selbstverpflichtung zur Offenlegung von wichtigen Informationen in einem einheitlichen Format auf seinen Internetseiten bereit. Unter www.transparente-zivilgesellschaft.de ist die Liste aller Unterzeichner einzusehen. „Die zusätzliche Internetseite liefert Informationssuchenden mehr Transparenz mit einem Mausklick; sie sollte sich durchsetzen als ein zweites Impressum für gemeinnützige Organisationen“, sagte Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, zum Start der Initiative und empfiehlt allen Stiftungen sich anzuschließen. / [zurück](#)

* * *

Neue Ratgeber-Broschüren für Stiftungen

Der Ratgeber "Stiftung und Nachlass" und die Broschüre "Effektives Stiftungshandeln – Strategien und Tipps nicht nur für Krisenzeiten" werden als Neuerscheinungen im Verlag des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen angeboten. Nähere Informationen unter www.stiftungen.org/verlag / [zurück](#)

* * *

Kostenloses Stiftungsportal für alle Stiftungen in Deutschland

Alle deutschen Stiftungen können Nachrichten, Termine und Stellenangebote jetzt selbständig auf der Internetseite des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (BvDS) veröffentlichen. Informationen über den kostenlosen Dienst "Stiftungen online" des BvDS, der auch Nicht-Mitgliedern offen steht, finden Sie unter www.stiftungen.org/stiftungen-online / [zurück](#)

Straffälligenhilfe

Gemeinsame Fachtagung des SkF und DCV vom 28. bis 29. September 2010 in Berlin

Der Anteil der weiblichen Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten liegt im europäischen Durchschnitt bei ca. fünf Prozent. Obwohl sich Haftgründe, Haftdauer und Verhalten von straffälligen Frauen während des Gefängnisaufenthaltes zum Teil erheblich von denen der Männer unterscheiden, spielt der Frauenstrafvollzug nur eine untergeordnete Rolle. Die spezifischen Bedürfnisse von Frauen im Hinblick auf Unterbringung, Sicherheit, soziale Kontakte oder Gesundheit werden nur selten angemessen berücksichtigt. Lediglich für den Fall der Schwangerschaft kennt das Strafvollzugsgesetz eigene Regelungen. Auch das Europäische Parlament ist zu der Auffassung gelangt, dass die besondere Situation von Frauen in Gefängnissen genauer beleuchtet werden muss und vorhandene Defizite abgebaut werden müssen. Das Europäische Parlament hat daher am 13. März 2008 mit der „Entschließung zur besonderen Situation von Frauen im Gefängnis und die Auswirkungen der Inhaftierung von Eltern auf deren Leben in Familie und Gesellschaft“ zahlreiche Forderungen verknüpft. Auf der Fachtagung wird die besondere Situation von Frauen im Strafvollzug in Deutschland und in Europa beleuchtet. Darüber hinaus wird die Frage gestellt, wie ein an der Lebenslage und den Bedarfen ausgerichteter Umgang mit straffälligen Frauen erreicht werden kann und welche Strategien hier wirkungsvoll sein können. Dabei geht es um spezifische sozialtherapeutische Angebote und die berufliche Wiedereingliederung ebenso wie um den Erhalt familiärer Bindungen und sozialer Beziehungen. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei auf die Situation der Kinder inhaftierter Frauen gerichtet werden. Untersucht wird auch, welche Anforderungen und Impulse von der Europä-

ischen Ebene für einen verbesserten Strafvollzug für Frauen in Deutschland ausgehen können. Mehrere Projektpräsentationen zeigen, wie mit kreativen Ansätzen die Lebenssituation und die Perspektiven von inhaftierten Frauen deutlich verbessert werden können. Die gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Caritasverbandes und des Sozialdienst katholischer Frauen ist ein Beitrag zum Europäischen Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Weitere Infos: <http://www.skfbayern.caritas.de/65141.html> / [zurück](#)

Wohnungslosenhilfe

„Die lassen sich ja nicht helfen!“ Überlebenshilfen für wohnungslose Männer und Frauen vom 30. September bis 1. Oktober 2010 in Eisenach - Anmeldeschluss: 17. September 2010

Fachtagung der AG Medizinische Versorgung Wohnungsloser der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. Weitere Informationen zur Tagung sowie zur Anmeldung erhalten Sie unter <http://www.bagw.de/index2.html> / [zurück](#)

* * *

...alkoholisiert nimmt keiner teil!? Sucht und andere Herausforderungen vom 24. bis 26. November 2010 in Bergisch Gladbach - Anmeldeschluss: 14. Oktober 2010

3. Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Stationäre Einrichtungen und Werkstätten (AG SEW) in der BAG Wohnungslosenhilfe. Tagungsflyer und Anmeldung unter <http://www.bagw.de/index2.html> / [zurück](#)